



Für den Bilateralen Weg

- **Für den Bilateralen Weg – Wegfall würde bis zu 630 Milliarden kosten**

Die Junge BDP Schweiz steht entschieden hinter den Bilateralen Verträgen. Gemäss einer aktuellen Studie des Bundes würde ein Wegfall der Bilateralen I bis 2035 volkswirtschaftliche Schäden von bis zu 630 Milliarden Franken mit sich bringen – Schäden, die sich die Schweiz nicht leisten kann. Insbesondere wir, als Vertreter der jungen Generation, würden unter den Langzeitfolgen eines Wegfalls der wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vernetzung innerhalb Europas besonders leiden.

- **Gegen einen EU-Beitritt**

Die JBDP lehnt einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union entschieden ab. Die bürgerferne Politstruktur der EU wäre nicht mit dem demokratischen Vorzeigemodell Schweiz vereinbar. Die Schweiz hat es in den letzten Jahren erfolgreich verstanden, wo es Sinn macht, via bilaterale Verträge von gewissen Vorteilen der EU zu profitieren, konnte aber dank ihrer Eigenständigkeit viele Nachteile einer EU-Mitgliedschaft gekonnt umschiffen. Den eingeschlagenen Weg gilt es fortzuführen.

- **Bilateralenkonforme Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative**

Unsere Mutterpartei hat dem Gesamtbundesrat bereits in der Frühlingsession 2014 ein konkretes Modell für die Berechnung der Freigrenzen vorgeschlagen, das sich an europäischen Vergleichswerten in Bezug auf die Zuwanderung orientiert und gleichzeitig ein Festhalten an den Grundsätzen der Personenfreizügigkeit ermöglicht. So akzeptiert die Schweiz die Personenfreizügigkeit bis zu einer prozentualen Nettozuwanderung, die dem Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten mit einem positiven Migrationssaldo entspricht. Anschliessend kommen Kontingente zum Tragen, die mit Höchstzahlen beschränkt werden. Mit diesen Umsetzungsvorschlägen kann dem Volkswillen Rechnung getragen werden, ohne die Bilateralen zu beerdigen und die Schweiz zu isolieren. Anfangs 2015 haben die Wirtschaftsverbände den Umsetzungsvorschlag 1:1 übernommen und im November 2015 schwenkte auch der Bundesrat auf BDP-Linie ein. Nur dieser Weg hat für die BDP eine Chance auf einen Verhandlungserfolg mit der EU.

- **Verhältnis zu Europa klären und in der Verfassung verankern**

Parallel zu den Verhandlungen des Bundesrats mit der EU und parallel zum innenpolitischen Gesetzgebungsprozess soll die verfassungsmässige Verankerung der Vertragsbeziehungen vorbereitet und zu gegebener Zeit dem Souverän vorgelegt werden. Damit soll das Verhältnis zu Europa langfristig geklärt, in der Verfassung verankert und die damit verbundene Unsicherheit eliminiert werden. Dem Volkswillen, die Zuwanderung zu senken, wird selbstverständlich dennoch Rechnung getragen. Die JBDP ist überzeugt, dass das Ja zur „Masseneinwanderungsinitiative“ kein Nein zur vertraglichen Zusammenarbeit mit der EU ist. Das Abstimmungsergebnis ist aber Ausdruck der berechtigten



Sorge über die gegenwärtige unbefriedigende Situation bezüglich Einwanderung. Dennoch darf das Resultat nicht als Auftrag verstanden werden, die Schweiz künftig völlig von der europäischen Wirtschaft abzuschotten. Die Weiterführung der Bilateralen ist zentral für die Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und den Wohlstand aller – deshalb gehören sie in die Verfassung um zu verhindern, dass sie dereinst politischer Spielball werden.

- **Potenzial von inländischen Arbeitskräften durch verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser nutzen**

Mit der am 9. Februar 2014 angenommenen „Masseneinwanderungsinitiative“ signalisierte das Stimmvolk, dass die Schweiz ihre Zuwanderung im Grundsatz eigenständig steuern und vor allem senken soll. Diesem Volkswillen muss Rechnung getragen werden. Für die BDP ist dabei zentral, dass eine konsequente Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials dringend nötig ist. Sie hat deshalb in der Herbstsession 2014 zwei Motionen eingereicht: So fordert die BDP, dass der Bundesrat gesetzliche Massnahmen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte ergreift und damit die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften reduziert. Dieses wichtige Anliegen der BDP wurde in von Räten überwiesen. Mit diesen Massnahmen will die BDP keinen Bürokratiemoloch schaffen, sondern gezielte Anreize schaffen. Sie verlangt beispielsweise in einer weiteren Motion einen so genannten Einarbeitungszuschuss für den beruflichen Wiedereinstieg nach einer Familienphase. Namentlich jüngere Mütter und Väter, welche für eine bestimmte Zeit ihre berufliche Tätigkeit zugunsten der Familie aufgegeben haben, sind bei einem beruflichen Wiedereinstieg oftmals benachteiligt. Sie sollen deshalb gleich lange Spiesse am Arbeitsmarkt erhalten. Unsere Generation soll sich nicht mehr zwischen Familie und Karriere entscheiden müssen, sondern soll Beruf und Familie im harmonischen Nebeneinander leben können, was den Fachkräftemangel ebenfalls entscheidend entschärfen kann. Die Junge BDP und die Mutterpartei setzen sich deshalb national und kantonal für gezielte Anreize zum Aufbau von Tagesstrukturen und Kinderbetreuungsstätten ein. Die BDP will damit insbesondere für mehr Frauen die Berufstätigkeit ermöglichen. Als Parteien der bürgerlichen Vernunft präsentieren Junge BDP und BDP somit Lösungen zur Senkung der Einwanderungszahlen ohne wirtschaftliche Nachteile.

- **Sofortmassnahmen**

Wenn dereinst ernsthaft und wirksam die Einwanderung bekämpft werden soll, muss die Schweiz *JETZT* handeln, um die mit einer Einwanderungsbeschränkung einhergehende Bedrohung einer massiven Verschlimmerung des Fachkräftemangels abzuwenden. Massnahmen im Bildungsbereich, zur Einführung gewisser Anreizsysteme (siehe oben) oder zum weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten brauchen Zeit um zu greifen. Deshalb ist das bisher sehr zögerliche Verhalten des Bundesrats absolut unverständlich und schädlich. Zusätzliche Sofortmassnahmen und ein Koordinationsgremium, bestehend aus Vertretern des Bundesrates, der Kantone, der Wirtschaft und der Sozialpartner müssen ins Auge gefasst werden.



Als Jungpartei engagieren wir uns insbesondere speziell für folgende Punkte:

- **Fortführung „Erasmus+“**

Das extrem erfolgreiche Studenten-Austauschprogramm Erasmus+, dank welchem Jahr für Jahr viele Schweizer Studierende im EU-Ausland ein Auslandssemester absolvieren konnten ist seit der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“ stark gefährdet und wird nur noch im Provisorium weitergeführt. Bildungsaufenthalte im Ausland erweitern den persönlichen Horizont und fördern das Fachwissen – Erasmus+ muss deshalb zwingend weitergeführt werden.

- **Fortführung „Horizon 2020“**

Die Schweizer Forschungslandschaft ist nahezu weltmeisterlich: gleich sieben Hochschulen sind in der Top-150 der Welt vertreten. Auch zahlreiche Grosskonzerne unterhalten in der Schweiz Forschungszentren. Für die Schweiz ist Forschung denn auch extrem wichtig – wir haben keine Rohstoffe, Wissen ist daher unsere wichtigste Ressource. Nicht selten eröffnet diese innovationsträchtige, oftmals international geprägte Forschung Studienabgängern fantastische Karriereöglichkeiten. Wenn die Schweiz aber künftig von grossen, internationalen Forschungsprogrammen, wie „Horizon 2020“ abgekoppelt wird, so könnte dies verheerende Folgen für den Forschungsplatz Schweiz haben.